



Weiterhin eine Politik gegen Privilegien und Partikularinteressen

Rück- und Ausblick der SP-Fraktion der Bundesversammlung zur Legislaturmitte

I. Einleitung und Rückblick

Die SP-Fraktion der Bundesversammlung hat zum Beginn der 49. Legislatur vor zwei Jahren versprochen, mit ihrer Politik an die sozialdemokratischen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte wie die Einführung der Mutterschaftsversicherung, den UNO-Beitritt oder die Verlagerung des Verkehrs auf die Schiene anzuknüpfen und auch weiterhin den Menschen die Gewissheit zu geben, dass eine bessere Zukunft für alle möglich ist, und nicht nur für ein paar wenige Privilegierte. Den Schweizerinnen und Schweizern widerstrebt ein Leben, das von Angst, Ausgrenzung und Egoismus geprägt ist. Sie sehnen sich mit gutem Recht nach einer Zukunft mit Perspektiven für alle statt für wenige. Diese Hoffnung auf eine bessere Zukunft – national und international - und der Wille, eine solche auch zu erreichen, prägen seit jeher die Politik der SP und somit auch die Arbeit der SP-Fraktion in der Bundesversammlung.

Für eine sozialdemokratische Politik, also eine Politik im Interesse der ganzen Bevölkerung, engagiert sich die SP-Fraktion derzeit insbesondere in den Fragen rund um die Zukunft des Finanz- und Werkplatzes, bei der Energiewende und der Verankerung eines nachhaltigen Umgangs mit allen natürlichen Ressourcen sowie bei der Verteidigung der Altersvorsorge vor den Abbauplänen der bürgerlichen Parteien und den Profitinteressen der Versicherungswirtschaft.

Zur Legislaturmitte ziehen wir eine kurze Bilanz, aber blicken vor allem vorwärts, weil uns auch in den kommenden Monaten die Herausforderungen nicht ausgehen werden.

II. Eine Wirtschaft für die Menschen und nicht umgekehrt

a. Mehr Verteilergerechtigkeit und faire Löhne

Ein Thema, das die Bürgerinnen und Bürger auch über das anstehende Abstimmungswochenende hinaus beschäftigen wird, ist die **Verteilungsgerechtigkeit** und damit verbunden die wachsende Diskrepanz zwischen oben und unten. Diesen Missstand können Economie-suisse oder Gewerbeverband auch mit der Selektion der für ihren Standpunkt vorteilhafteren Statistik nicht wegdiskutieren. Und das gilt insbesondere auch für die Frage der **Mindestlöhne**. Es wird nicht genügen, den Menschen von den Früchten der Personenfreizügigkeit vorzuschwärmen, während die einfachsten Instrumente zum Schutz aller Arbeitnehmenden - unabhängig davon, ob sie aus dem In- oder Ausland stammen - aus ideologischen Gründen einfach verworfen werden.

b. Ein sauberer und stabiler Finanzmarkt im Dienste der Gesamtwirtschaft

Die Nachwehen des teuer verhinderten Beinahe-Kollapses der UBS sowie die von den Banken und der bürgerlichen Politik verschlafene Abkehr von der Vermögensverwaltung unversicherter Gelder prägt die Finanzplatzpolitik nun seit längerem. Mit immer riskanteren Wachstums- und Renditesteigerungsstrategien hat sich der Bankenplatz immer stärker vom

Werkplatz abgekoppelt. Heute ist das bisherige Geschäftsmodell, das die SP immer kritisiert hat, am Ende, weil das Geschäft mit unverteuertem Geld international nicht mehr geduldet wird. Ein tadelloser Ruf des Finanzplatzes ist aber unverzichtbar, um in Zukunft mit guten Dienstleistungen international erfolgreich bestehen und die Arbeitsplätze der Finanzbranche auch längerfristig erhalten zu können.

Entscheidend ist eine intelligente Regulierung, die Missbräuche verhindert, die für effiziente Dienstleistungen sorgt und gleichzeitig die nützlichen Funktionen von Finanz- und Kapitalmärkten in den Dienst der Gesamtwirtschaft stellt. Dazu gehört auch, dass die unfreiwillige faktische Staatsgarantie für die Grossbanken (**«Too big to fail»**) nicht länger als Naturgesetz hingenommen wird. Es darf sich nicht wiederholen, dass das ganze Land in Geiselschaft gerät, weil eine Bank so gross ist, dass sie nicht fallen gelassen werden kann.

Mit dieser Diskussion und punktuellen Korrekturen ist das Problem jedoch noch längst nicht gelöst. Das beste Mittel gegen die faktische Staatsgarantie sind **massiv mehr Eigenmittel** – und darum forderte die SP-Fraktion bereits in der Vernehmlassung zur Bankengesetzrevision eine Leverage Ratio (ungewichtetes Eigenkapital im Verhältnis zur Bilanzsumme) von mindestens 10 Prozent und hat dies mittels Motion in der letzten Session erneut eingefordert. Auch eine absolute Beschränkung der Grösse der Banken und die Abtrennung des Investmentbankings müssen geprüft werden. Deshalb, weil die Grösse der Banken nicht nur ein ökonomisches, sondern auch ein politisches Problem ist.

Was die international berechnete Kritik an der ungenügenden Amtshilfe der Schweiz im Kampf gegen die Steuerhinterziehung betrifft, müssen wir jetzt endlich in die Offensive gehen, sonst wird unser Land weiterhin ein hoffnungsloses und für die Volkswirtschaft kostspieliges Rückzugsgefecht für ein längst überholtes Geschäftsmodell führen. Die Arbeitsgruppe Brunetti hat den Weg klar vorgezeichnet: Der **automatische Informationsaustausch**, wie ihn die SP seit längerem propagiert, wird zum Standard. Und je früher, die offizielle Schweiz das akzeptiert, desto mehr kann sie an den Regeln für die Zukunft mitarbeiten. Jetzt müssen bürgerliche Parteien und Bundesrat sich einfach noch eingestehen, dass das Spiel auf Zeit nur noch schädlich bis verheerend ist.

III. Eine Wende hin zu einer vernünftigen und zukunftsweisenden Energiepolitik

a. Energiewende verlässlich vorantreiben

Die SP hat mit ihrer Cleantech-Initiative die Zeichen der Zeit früh erkannt und damit den Weg zur eingeleiteten Energiewende massgebend mitgeprägt: Die Blockierung der Nutzung erneuerbarer Energien durch ein zu enges Korsett bei der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) konnte dank der Politik der SP überwunden werden. Der Gegenentwurf ermöglicht jetzt schnell konkrete Fortschritte hin zu einer erneuerbaren Energiezukunft und somit zu einer sicheren und **sauberen Energieversorgung ohne Atomkraftwerke (AKW)**. Denn jede Kilowattstunde aus einem AKW verhindert Kilowattstunden aus erneuerbaren Energien.

Natürlich müssen auch die Effizienzpotenziale voll ausgeschöpft werden. Noch ist die Wende aber nicht gesichert und die Voraussetzungen dazu sind noch nicht überall vorhanden. Zudem verfügen nicht nur die Grossbanken, sondern auch die AKWs über zu wenig Eigenkapital. Das Phänomen ist das gleiche: Durch das damit verbundene Risiko wird dem Staat und damit den Bürgerinnen und Bürgern das Risiko übertragen – ohne dass sie dafür

abgegolten werden. Im Gegenteil finanzieren sie so eine gefährliche und nach funktionierenden Marktregeln nicht rentable Technologie weiter.

Fukushima hat diesen Paradigmenwechsel möglich gemacht, doch das Zeitfenster für die unumkehrbare Wende wird sich irgendwann schliessen, weil gewisse Interessenvertreter der Energiewirtschaft nur allzu gerne zum Status quo ante zurückkehren würden. Als die Energiewelt in ihren Augen noch in Ordnung war. Doch diesen Backlash wird die SP-Fraktion in den nächsten zwei Jahren zu verhindern helfen. Ziel ist langfristig eine Energieversorgung, die zu 100% erneuerbar ist und Arbeitsplätze und Wertschöpfung im Inland schafft.

b. Sorge zur Landschaft tragen

Verantwortungsvoller Umgang mit Ressourcen heisst - nicht nur in der Energiepolitik - «Mehr aus Weniger schaffen» und bringt mehr Lebensqualität, Umweltschutz, Wohlstand und Gerechtigkeit. Die SP hat mit einem erfolgreichen Engagement für das neue **Raumplanungsgesetz** mitgeholfen, dass die grassierende Zersiedelung und der unnötige Landverbrauch in der Schweiz gestoppt, ausreichend Kulturland für die Landwirtschaft gesichert sowie die Kultur- und Naturlandschaft der Schweiz bewahrt werden können.

Ein weiterer Beitrag dazu war die von der SP unterstützte und von Volk und Ständen angenommene Zweitwohnungsinitiative. Beide **Volksentscheide** müssen nun aber im Sinne der Gewinner an der Urne und nicht der schlechten Verlierer **umgesetzt** werden – und diese Debatte ist bereits im Gange.

Zu diesem Engagement für einen haushälterischen Umgang mit den wertvollen Gut Boden gehört auch die Verteidigung der **Lex Koller**, damit verhindert wird, dass die verbleibenden Landreserven zum Spielball der internationalen Immobilienspekulation werden. In der zweiten Etappe RPG (Bauen ausserhalb der Bauzonen) werden wir den Fokus ebenfalls auf den haushälterischen Umgang mit der nicht vermehrbaren Ressource Boden richten.

IV. Mehr soziale Sicherheit für alle

a. Starke und sichere Altersvorsorge

Das schweizerische System der sozialen Sicherheit ist historisch gewachsen – je nach politischen Forderungen und der Entwicklung der sozialen Probleme. Während der Arbeitsmarkt immer kompetitiver wird und immer weniger Arbeitsplätze für Personen mit angeschlagener Gesundheit zur Verfügung stehen, werden die sozialen Errungenschaften zunehmend in Frage gestellt. Zahlreiche Personen fallen so durch die Maschen des sozialen Netzes. Wer Sozialleistungen bezieht, insbesondere IV und Sozialhilfe, wird als Profiteurin oder Profiteur gebrandmarkt. Die wiederholten Angriffe auf das System der sozialen Sicherheit zielen darauf ab, durch die Reduktion der Leistungen das Versicherungsprinzip in Frage zu stellen.

Es ist der SP-Fraktion gelungen, einen weiteren Angriff auf die schwächsten und fragilsten Menschen bei der letzten **IV-Revision** abzuwenden, nachdem zuvor unsere Vorstellungen einer ausgewogenen Vorlage von bürgerlicher Seite verhindert worden sind.

Mit der **Altersvorsorge 2020** steht bereits der nächste Schlagabtausch auf der Agenda. Während die bürgerliche Seite versucht, mit gezielten Einzelaktionen das Sozialsystem als Ganzes zurückzufahren, unterstützt die SP das Konzept der Gesamtschau, die zu einer ausgeglichenen Weiterentwicklung von erster und zweiter Säule führen muss. Die Bürgerinnen

und Bürger interessieren häufiger weniger die technischen Details, aber sie wollen die Gewissheit, dass sie dereinst nicht um ihre Renten bangen müssen. Und das lässt sich nur mit einer ausreichenden Finanzierung und flankierenden Massnahmen angesichts der tieferen Anlageerträge bewerkstelligen.

Die SP verlangt eine Stärkung der Altersvorsorge, damit die in der Verfassung verankerten Ziele der «Deckung des Existenzbedarfs» und der «Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung in angemessener Weise» auch für tiefere und mittlere Einkommen endlich durchgesetzt werden können.

b. Gesundheitssystem für die Menschen statt für die Versicherungswirtschaft

Ein Grund zur Sorge ist für die SP diesbezüglich auch der starke Anstieg der Prämien in der obligatorischen Grundversicherung. Das rapide Prämienwachstum der letzten Jahre ist die Folge einer stetigen Verlagerung der Finanzierungslast hin zu den Prämienzahlenden. Die SP will mit ihrer Initiative «für eine öffentliche Krankenkasse» den unsinnigen und teuren Wettbewerb um junge und gesunde Versicherte stoppen und so mithelfen, dass sich Investitionen in Prävention und in eine koordinierte, qualitativ gute Betreuung lohnen. Nur die **öffentliche Krankenkasse** garantiert den Prämienzahlenden eine einfache, gerechte und günstige Krankenversicherung.

Wenn unsere Initiative nun ins Parlament kommt, müssen die anderen Fraktionen Farbe bekennen und zeigen, ob sie Alternativen bieten können, wenn es darum geht, das Prämienwachstum zu stoppen oder ob sie weiterhin auf den Pseudowettbewerb um die besten Risiken setzen.

V. Fazit

In Kernbereichen der Wirtschafts-, Energie- und Sozialpolitik werden in den kommenden zwei Jahren grundsätzliche und wegweisende Entscheide gefällt werden. Die SP sieht sich in der Verantwortung, für politische Lösungen zu kämpfen und Mehrheiten zu beschaffen, die das Leben und die Lebensqualität aller Bürgerinnen und Bürger verbessern und ihnen die nötige Sicherheit und das Vertrauen in einen weit gefassten „Service public“, der allen Menschen in allen Regionen des Landes zu gleichen Preisen und bei hoher Qualität zugänglich ist, garantieren.

Welche Werte uns bei diesen Bemühungen wichtig sind und welche Projekte wir realisieren wollen, haben wir bereits zum Legislaturbeginn klar dargelegt. Diese politische Auslegeordnung wird uns auch 2014 und 2015 als Massstab dienen. Sie soll aber auch ein Massstab sein, an dem uns die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger im Herbst 2015 messen können.